



## **Statement der Students for Future Freiburg zum Umgang der Universität Freiburg mit der Energiekrise**

Der ungenügende Ausbau der erneuerbaren Energien und die Fokussierung der Bundesregierung auf Erdgas aus Russland führt im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu einer unsicheren Energieversorgung in der nahen Zukunft.

Auch die Universität Freiburg trägt selbst Verantwortung für die jetzige Situation. So hat sie nur unzureichend eine nachhaltige und unabhängige Wärmeversorgung, beispielsweise über Wärmepumpen und PV-Strom, aufgebaut.

In ihrem vor zwei Wochen veröffentlichten Statement spricht die Universität von Einschränkungen und möglichen Wegen, um der Krise zu begegnen. Sie berichtet von der Gründung verschiedener Arbeitsgruppen, welche sich nach der Aufforderung durch das Landesministerium für Forschung, Wissenschaft und Kunst (MWK) mit dieser Thematik befassen. Weiter erwägt sie die Verschiebung des Wintersemesters 2022/2023 auf einen noch nicht genannten, früheren Zeitraum.

Wir, die Students for Future Freiburg, fordern die Universität auf, der Lehre höchste Priorität einzuräumen. Weiter fordern wir klare Kommunikation und Transparenz, wie es im Statement der Universität angekündigt, aber seitdem noch nicht verwirklicht wurde.

Eine Vorverlegung des Wintersemesters 22/23 würde für die Studierenden der Universität große Schwierigkeiten bereiten, besonders auch im Hinblick auf Pflichtpraktika. Während ein Aussetzen des Semesters in der kältesten Zeit prinzipiell Energie sparen könnte darf dies nicht zu Lasten der Lehrqualität und der Studierenden gehen.

Wir wehren uns zudem vehement gegen die Idee eines weiteres Onlinesemesters aus Energiegründen. Dies würde den sowieso schon ungleichen Zugang zu Bildung weiter

verschärfen. Nicht alle Studierenden haben den Zugang zu ruhigen Lernräumen oder digitaler Infrastruktur, um an Online-Lehrinhalten teilzunehmen.

Zudem ist es möglich, dass sich durch diese Maßnahme die Energiekosten nur auf die Studierenden verlagern würden und keine Energie eingespart wird.

Als alternative, tragfähige Lösung fordern wir die Universität auf, die Lehre auch in weniger oder nicht beheizten Hörsälen und Lehrräumen aufrechtzuerhalten. Dadurch wird auch das Aussetzen der Lehre in Kälteperioden energetisch nicht notwendig.

Es ist ein Irrweg der Universitätsleitung zu glauben, dass es sich hierbei um eine Energiekrise handele, die sich nach einem Semester erledigt hat. Stattdessen müssen langfristige und nachhaltige Lösungen erarbeitet werden, die dazu in der Lage sind, die Universität im Betrieb unabhängig von fossilen Energiequellen zu machen.

Dazu gehört es, PV-Anlagen auch auf denkmalgeschützten Dächern zu installieren, Erdgasheizungen durch Wärmepumpen zu ersetzen und sich - ähnlich des "Hilferufs" der Hochschulrektor\*innenkonferenz - beim Land für Mittel und rechtliche Rahmenbedingungen einzusetzen, die den raschen Umstieg auf erneuerbare Wärmeversorgung ermöglichen.

Weiter wünschen wir uns Transparenz in der Entscheidungsfindung. Die Grundlagen der Entscheidung sollten konkret und zeitnah mit den Studierenden geteilt werden. Auch sollten in den Arbeitsgruppen studentischen Stimmen entscheidend mit eingebunden werden, schließlich wird über deren Bildung verhandelt.

Die jetzt schon spürbaren Krisen verschärfen sich immer weiter. Damit ist offensichtlich, dass wir uns mitten im sozial-ökologischen Notstand befinden. Statt nur wieder auf Symptombehandlung zu setzen, ist es nun dringend erforderlich, dass wir deren Ursachen anerkennen und ihnen entschlossen entgegenreten.

Deshalb gehen wir am kommenden Montag, den 25. Juli um 17 Uhr auf die Straße!

Wir treffen uns auf dem Platz der Alten Synagoge und ziehen vor das Rektorat. Seid mit uns laut und verhindert, dass den Folgen der unzureichenden Klimapolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte mit Regelungen begegnet wird, die die soziale Ungleichheit verschärfen!